

Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ



Ein Höhepunkt der seit Monaten stattfindenden Proteste der „Fridays for Future“ war die machtvolle Klimastreik-Demonstration mit mehreren tausend TeilnehmerInnen am 24. Mai 2019.

Klima: Zeit zum Handeln!

Klima- und Umweltschutz ist derzeit in aller Munde. Auch in der Linzer Stadtpolitik mangelt es nicht an Vorschlägen zur Verbesserung des städtischen Klimas. Es ist allerdings höchst an der Zeit, vom Reden zum Handeln zu kommen.

Heiße Sommer machen auch in Linz vielen Menschen zu schaffen. Die Auswirkungen von versiegelten Plätzen für

Parkplätze und Events, Luftverschmutzung durch Autoabgase und Großprojekte im Interesse von Investoren zeigen

die Versäumnisse einer aktiven und sozialen Umweltpolitik.

Eine Umkehr ist aber nach wie vor nicht in Sicht. Sonst wäre die Ostumfahrung mitten durch das Wohngebiet Ebelsberg und durch das Naturschutzgebiet Traunauen schon längst vom Tisch.



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin

Direkte Demokratie wirkt

Viel Freude hat Bürgermeister Luger ja nicht mit den BürgerInneninitiativen. Sie sind nämlich Sand im Getriebe und stören beim Regieren.

Wirksam sind sie, wie etwa jüngst die Bürgerinitiative „Rettet den Pichlingersee“. Ihrem Druck und den 9.000 gesammelten Unterschriften ist es zu verdanken, dass nun doch kein Stadion in das beliebte Naherholungsgebiet gepflanzt wird. Auch wenn Bürgermeister Luger sich jetzt selbst als Ret-

ter des Pichlingersees feiern lässt. Es ist zu hoffen, dass auch der Widerstand gegen den Bau der Ostumfahrung ähnlich wirksam wird. Bürgermeister Luger könnte sich ja diesmal gleich gegen den Bau einer Autobahn durch Wohn- und Naturschutzgebiet positionieren.

Nationalratswahl 2019: Warum KPÖ?

Für die etablierten Parteien gilt die Wahl der KPÖ als „verlorene Stimme“. Was meinen Linzer KandidatInnen der Liste „Alternative Listen, KPÖ Plus, Linke und Unabhängige“ dazu?



Elisa Roth Sozialarbeiterin und Betriebsrätin bei SOS Menschenrechte

Ich bin für ein gutes Leben für alle, für eine Gesellschaft, in der sich Menschen mit Respekt und Toleranz begegnen, Vielfalt gelebt und wertgeschätzt wird, für menschenwürdiges und leistbares Wohnen, gerechte Löhne. Für diese Politik steht unser linkes Wahlbündnis, darum kandidiere ich bei der Nationalratswahl.



Burak Sed Buchhalter, Aktivist des kurdischen Vereins DIDF

Es gibt eine Option gegen die skandalerschütterten Parteien. Unsere linke Wahlkooperation kann die Unterdrückten mit einer sauberen und vertrauenswürdigen Politik gegen das Kapital verteidigen. Es wurde auch höchste Zeit, dass es endlich eine echte Linke als Wahlalternative gibt und zwar auf alle Ebenen der Politik.



Stefanie Breinlinger Sozialarbeiterin beim Verein VertretungsNetzwerk

Die etablierten Parteien entdecken im Wahlkampf die Nähe zu „den Menschen“. Die KPÖ steht kompromisslos für echte soziale Gerechtigkeit, die Interessen von Erwerbstätigen und sozial Ausgegrenzten, für öffentliches Eigentum und Daseinsvorsorge. Weil ich in einer solidarischen Gesellschaft leben möchte, unterstütze ich die KPÖ.

So kann es nicht weitergehen

Global und hierzulande läuft vieles falsch. Ob Klima, Ungleichheit, rechte Hetze oder käufliche Politik. Das derzeitige System mit den etablierten Parteien befindet sich in einer Sackgasse und die Wahl der kleineren Übel ist keine Alternative.

Wenn es wirklich anders werden soll, braucht es eine Politik, die radikal die Verhältnisse in Frage stellt. Nur durch eine starke und breite politische Kraft, links von SPÖ und Grüne, in den Parlamenten und auf der Straße, ist ein wirklicher Wechsel, eine neue politischen Kultur und ein Leben in Solidarität und Verantwortung für Mensch und Natur machbar.

Die KPÖ tritt deshalb bei dieser Wahl im Bündnis mit unterschiedlichen Initiativen, Gruppen und Personen an, mit dem gleichen Ziel das Land in diese Richtung zu verändern.

Wir werden auch nach der Wahl gemeinsam weiterarbeiten. Ein erster Erfolg am 29. September wäre ein positives und hoffnungsvolles Signal!



Michael Schmida

Lehrer, Spitzenkandidat im Wahlkreis Linz-Umgebung bei der NR-Wahl 2019

Was tun gegen die Klimakrise?

Tausend Bäume will die Stadt Linz pflanzen, um die Folgen der Klimakrise zu mildern. Das ist gut, bleibt aber Symbolpolitik, wenn man nicht von der bisherigen umweltschädlichen Standortpolitik im kapitalistischen Konkurrenzkampf der Städte ablässt.



Plätze „Marke Steinwüste“ wie der Pfarrplatz sind typisch für eine verfehlte Stadtentwicklung.

Eingriffe ins Grün

Der Widerspruch zwischen umweltpolitischen Lippenbekenntnissen und realer Politik ist nicht zu übersehen. Bauvorhaben bedrohen laufend den geschützten Grüngürtel der Stadt:

- Erst jüngst konnte die Bürgerinitiative „Rettet den Pichlingersee“ den Bau des LASK-Stadions im Naherholungsgebiet des Linzer Südens verhindern.
- Das im Bau befindliche Investorenprojekt Brucknertower wird die Belüftung von Urfahr durch den Haselgraben zum Erliegen bringen.
- Der landschaftliche Kahl-schlag durch den West-ring ist im Donautal nicht zu übersehen.
- Die Trassenführung der Ostumfahrung soll direkt durch ein riesiges Wohngebiet und das Naturschutzgebiet Traun-auen im Linzer Süden führen.
- Und mitten in der Innenstadt wird an einem neuen Einkaufs-

tempel samt Tiefgarage unter dem Schillerpark getüfelt.

Knackpunkt Verkehr

Ob angesichts solcher Umweltsünden tausend Bäume als Kompensation für das Stadtklima reichen werden? Wohl kaum. Eine ökologisch, klimaverträgliche und soziale Stadtpolitik schaut anders aus.

Einer der wichtigsten Knackpunkte für die Reduktion des klimaschädlichen CO₂-Ausstoßes ist die schon lange geforderte Verkehrswende. Also der Stopp für Autobahnbauten und die Umschichtung der Autobahnmillionen in den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs und Infrastruk-

tur für RadfahrerInnen und FußgeherInnen.

Damit wären ausreichend Alternative zum Auto vorhanden. Die Versiegelung von Flächen für Parkplätze und Eventgerechten Plätzen müssen reduziert werden und mittels Begrünung den StadtbewohnerInnen als grüner Erholungsraum zurückgegeben werden.

Was will die KPÖ?

- Freifahrt ist ökologisch und sozial
- Keine Autobahnen durch die Stadt
- Grüne Oasen statt Betonwüsten
- Bevorzugung Rad- und Fußgeherverkehrs
- Keine verkehrsanziehenden Großprojekte in der Innenstadt

Wahlen kosten Geld

Die **Liste 7 „Alternative Listen, KPÖ Plus, Linke und Unabhängige“ (KPÖ)** bei der Nationalratswahl 2019 kann auch finanziell unterstützt werden. Konto KPÖ-OÖ, Oberbank, IBAN: AT52 1500 0004 8021 9500, Kennwort „Wahlfonds“. **Danke!**

Splitter aus dem Gemeinderat

Dinghofer im Visier

Die Aufarbeitung der Rolle des deutschnationalen FPÖ-Idols Franz Dinghofer und Erläuterungstafeln in der Dinghoferstraße forderte ein Antrag von Grünen und KPÖ im Gemeinderat am 11. April 2019. Im Ergebnis wurde eine Prüfung von nach Personen benannten Straßen in Hinblick auf Nazi-Vergangenheit eingeleitet.

Kein Thema für Hein?

Mit Anfragen am 24. Jänner und am 4. Juli 2019 urgierte die KPÖ von VBgm. Hein (FPÖ) die Realisierung von Pfortnerampeln an den Stadteinfahrten laut einem im September 2016 beschlossenen SPÖ-Antrag. Der Verkehrsreferent wiegelte jedoch beide Male ab, er sieht Pfortnerampeln als nicht realisierbar.

Lästige E-Scooter

Den Wildwuchs der E-Scooter thematisierte KPÖ-Gemeinderätin Grünm mit einer Anfrage am 16. Mai. VBgm. Hein gab sich dazu zunächst mit Verweis auf fehlende gesetzliche Regelungen als faktisch nicht zuständig. In der Folge löste die Anfrage jedoch einige Maßnahmen aus, die Konflikten mit dem Rad- und Fußgängerverkehr vorbeugen sollen.

Regenbogen-Parkbänke

Zehn Parkbänke in Regenbogenfarben forderte ein Antrag der Gemeinderätinnen Hochedlinger (Grüne), Leitner-Rauchdobler (NEOS) und Grünm (KPÖ), der am 6. Dezember 2018 gegen FPÖ und ÖVP beschlossen wurde. Mittlerweile machen diese Parkbänke an frequentierten Stellen auf Toleranz zur sexuellen Einstellung aufmerksam.

Ein Kautionsfonds für Linz

Der Linzer Gemeinderat hat am 16. Mai 2019 mit großer Mehrheit dem KPÖ-Antrag „Einrichtung eines Kautionsfonds“ zugestimmt.

Dass die hohen Einstiegskosten für die Anmietung einer Wohnung für Menschen mit geringem Einkommen eine Hürde darstellen, ist bekannt. In Graz gibt es daher seit 2010 auf Initiative der KPÖ einen Kautionsfonds zur Unterstützung Wohnungssuchender mit geringem Einkommen.

Wohnungssuchende können um eine finanzielle Unterstützung für Anmietung einer Wohnung beim Magistrat

ansuchen. Dieser Kautionsbeitrag wird mit der Hälfte der vereinbarten Bruttokautions bemessen und wird bis maximal 1.000 Euro ausbezahlt.

Dieses bewährte Grazer Modell muss nun auch nach Annahme des KPÖ-Antrags in Linz von der Sozialstadträtin geprüft und umgesetzt werden. Für Linzer Wohnungssuchende mit geringem Einkommen wird der Kautionsfonds eine wichtige Starthilfe sein.



Erfolgreich war die Initiative der KPÖ für einen Kautionsfonds. Jetzt kommt's auf eine rasche Umsetzung an.

Ist die rot-blaue Koalition wirklich aus?

Während die ÖVP in Oberösterreich und die SPÖ im Burgenland trotz Ibiza-Skandal und laufender „Einzelfälle“ weiter mit der FPÖ koalitiert, zog Bgm. Luger in Linz die Notbremse. Er kündigte das Koalitionsabkommen mit der FPÖ von 2015 auf – spät aber immerhin.

Obwohl seit 2016 bekannt war, dass das Studentenheim „Villa Hagen“ eine Drehscheibe der rechtsextremen Burschenschaft Arminia Czernowitz (welche die führenden Linzer FPÖ-Politiker stellt), den Identitären und der FPÖ war stürzte dies Lugers SPÖ nicht. Auch Inserate

aus Steuergeld von Ex-VBgm. Wimmer und Neo-VBgm. Hein für rechtsextreme Publikationen wie „Wochenblick“ und „Info Direkt“ ließen die SPÖ jahrelang ziemlich kalt.

Bei der Debatte im Gemeinderat am 16. Mai 2019 um Rechtsextremisten im Ma-

gistratsdienst – wie etwa den Büroleiter von VBgm. Hein – setzten Luger & Co. eine Zuweisung an den Stadtsenat durch. Und bei der Beantwortung einer KPÖ-Anfrage vom 7. März 2019 über die Verwendung des Linzer Stadtwappens durch die FPÖ-Jugend wollte Bgm. Luger keinen Missbrauch erkennen. Nun wurde die rot-blaue Koalition formell beendet. Aber der Sager von FPÖ-Stadtschef Hein „Das Vertrauen ist weiter da“ zeigt, dass sich wohl wenig ändern wird.

Aktuell, Nummer 3, August 2019

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web ooe.kpoe.at; Konto Oberbank IBAN AT52 1500 0004 8021 9500, BIC OBKAT2L, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Archiv, Scheinost, Meister Eder.



Antwortkarte (oder E-Mail an: ooe@kpoe.at)

Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infos:

Folder

Aktivpass KPÖ im Gemeinderat Schwarz-Blau Wohnen

Broschüren

100 Jahre KPÖ Burschenschaften Franz Kain Freifahrt Henriette Haill

Probeexemplar

Café KPÖ Volksstimme Die Arbeit Der Mieterschutz

Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Porto bei der Empfängerin einheben

ANTWORTSENDUNG

An die
KPÖ-Linz
Melicharstraße 8
4020 Linz